

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL

FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VERWALTUNGSSTELLE SALZGITTER

Salzgitter, im Oktober 1989

Offener Brief an alle Mitglieder

Betrifft: **PRIVATISIERUNG der SALZGITTER AG**

Ist denn nicht alles gelaufen in Sachen Privatisierung ?

Hat es überhaupt noch einen Sinn, dagegen anzugehen, wo doch bereits am 25. Oktober die Verträge über den Verkauf der Salzgitter AG an die Preussag unterzeichnet werden sollen ?

So oder so ähnlich lauten viele Fragen, die uns in den letzten Tagen gestellt wurden.

Salzgitter-Konzern-Chef **Ernst Pieper** macht sich dennoch die Mühe, in einem aufwendigen 4-Seiten-Glanzdruck-Flugblatt um das Vertrauen der „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ zu werben.

Allein sei „Salzgitter“ noch nicht genug gerüstet, um dem internationalen Wettbewerb auf Dauer bestehen zu können, schreibt Pieper. Noch vor wenigen Monaten sagte allerdings der gleiche Konzernchef das genaue Gegenteil.

Es ist begreiflich, daß **Ernst Pieper** und sein Konzernvorstand die Gefahren für unsere Region herunterspielen und den Verkauf der Salzgitter AG an die Preussag (Westdeutsche Landesbank/Deutsche Bank usw.) schönfärben wollen. Uns nützen jedoch nur Garantien für Standorte und Arbeitsplätze, denn wenn es ernst wird für unsere Region, kann der jetzige Konzernchef längst in „Rente“ sein.

Welche Chancen gibt es für uns, die Privatisierung noch abzuwenden ?

Gewerkschaften, Betriebsräte, SPD und Grüne sind sich auf allen Ebenen einig in der Ablehnung der Privatisierung der Salzgitter AG. Unsere Petition, für die wir hoffentlich viele Tausend Unterschriften bekommen, wird deshalb im Bundestag eine gewisse Rolle spielen.

In der CDU, die auf der parlamentarischen Ebene allein den Ausschlag geben kann, ist die Meinungsbildung unseres Erachtens vor Ort und im Land Niedersachsen noch nicht endgültig abgeschlossen.

Im Grunde genommen ist man auch hier für die Privatisierung aber man kann die Auswirkungen für unsere Region und für das Land Niedersachsen nicht übersehen.

Die Besonderheit für die Stadt Salzgitter ist, daß die Hälfte der Grundstücke und Wohnungen Konzernbesitz sind und mit verkauft würden. Ebenso läßt die nicht von der Hand zu weisende Gefahr der späteren Veräußerung einzelner Konzernteile (zum Beispiel Stahl) auch in CDU-Kreisen Bedenken aufkommen.

Es ist nicht unsere Sache, der CDU Vorschläge zu machen, wie sie die regionalen und damit landespolitischen Interessen der Bevölkerung absichert, denn mit unserer Forderung nach Verbleib der Salzgitter AG im öffentlichen Besitz haben wir den weitestgehendsten Vorschlag gemacht.

Aber die Landesregierung kann am Beispiel der Fusion Daimler/MBB ablesen, daß es zuweilen hilfreich sein kann, an einem Großkonzern kapitalmäßig beteiligt zu sein.

Ernst Albrecht, hat es wirklich in der Hand. Seine Stimme kann im Bundesrat entscheidend sein, den geplanten Verkauf der Salzgitter AG in der jetzigen Form zu Fall zu bringen.

Die SPD-geführten Bundesländer vertreten unsere Position. Wenn Niedersachsen sich im Bundesrat für die Bildung niedersächsischer Regionalinteressen entscheidet, ergäbe das eine Mehrheit gegen die Privatisierung oder eine Mehrheit, die bestimmte Bedingungen erfüllt wissen will.

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

es lohnt sich, öffentlich Druck zu machen;


es lohnt sich, die Abstimmung in den Betrieben zu einem guten Erfolg zu führen;

es lohnt sich, weiter zu kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL für die Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsstelle Salzgitter



1. Bevollmächtigter

Zur Information :

Börsenstimmen

aus : Die Aktien -Börse, Düsseldorf, 7.10.1989

Entgegen den etwas undurchsichtigen Formulierungen wird es nicht bei einer Konzernstruktur PREUSSAG + SALZGITTER auf zwei Beinen bleiben. Erklärtes Ziel ist die Ausgliederung von PEINE SALZGITTER, was relativ einfach geschehen kann, da es sich um eine selbständige AG handelt. Hier wird definitiv ein neuer Stahlpartner gesucht.

Ergebnis :

Die PREUSSAG wird nur das von SALZGITTER behalten, was in die eigene Struktur paßt. Nach meinen bisherigen Informationen sind dies voraussichtlich 30 bis 40 %. Der Rest wird ausgliedert, verkauft etc. Deshalb gibt es eine weitgehende Zwischenfinanzierung bei PREUSSAG und nur in dem Umfang Eigenfinanzierung über Kapitalerhöhung wie es dem späteren Eigenbehalt entspricht. Richtig gemacht, wird PREUSSAG daran Geld verdienen. Die Zahlen sind noch sehr offen.

aus : Der Platow -Brief, Frankfurt, 18.10.1989

Ohnehin hat der Preussag - Chef mit dem geplanten Kauf einen Deal gemacht, der seinesgleichen sucht, wie es auf dem Börsenparkett heißt. Der Preis, der um 2,5 Mrd. DM pendeln soll, wird unter Substanzgesichtspunkten als erheblich zu niedrig eingeschätzt. Dies dürfte auch die Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit beweisen. Eingeweihte haben bereits einen Substanzwert von 7 bis 8 Mrd. DM für den Salzgitter-Konzern, der von Ernst Pieper geführt wird, errechnet. Allein den Immobilienbesitz von Salzgitter schätzen Experten auf rund 4,5 Mrd. DM, wobei die 30.000 Mietwohnungen der

Salzgitter - Töchter mit einem Verkehrswert von mehr als 2 Mrd. DM zu Buch stehen. Weitere 2 Mrd. DM stille Reserven stecken z.B. in der im Vergleich zur Konkurrenz zu niedrigen Bewertung des börsennotierten Stahlwerks Peine - Salzgitter.

Vorbild für Ernst Albrecht ?

aus : Frankfurter Rundschau, 21.10.1989

Fusion Daimler/MBB bleibt in der Schwebe

Die von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann durch Sondererlaubnis mit Auflagen ermöglichte Fusion von Daimler und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) bleibt in der Schwebe. Die MBB-Gesellschafterversammlung konnte sich nicht zu einem „Ja“ zu dem Zusammenschluß durchringen, da die Länder Hamburg und Bremen ihre Zustimmung verweigerten. Gemeinsam mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen pochen diese beiden MBB-Miteigentümer, die über eine Sperrminorität verfügen, unter anderem auf Garantien für Arbeitsplätze und Werke, die von den Auflagen Haussmanns betroffen sind.

Die vier Regierungschefs der Küstenländer wollen am 13. November über die bis dahin mit Daimler erzielten Verhandlungsergebnisse beraten. Für den 17. November wurde jetzt die nächste MBB-Gesellschafterversammlung anberaumt. Der Daimler-Konzern und dessen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungstochter Deutsche Aerospace zeigen sich nach eigenen Angaben davon überzeugt, „daß die für eine Entscheidung notwendigen Klarstellungen“ bis zu diesem Termin zu erzielen seien. Damit werde dann der „dringlichen Notwendigkeit Rechnung getragen, die Phase der Unsicherheit für tausende Mitarbeiter und zahlreiche Geschäftspartner umgehend zu überwinden“.